

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Schulverwaltungsamt

Kommunale Bildungslandschaft Heidelberg

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Kulturausschuss, Bauausschuss, Haupt- und Finanzausschuss und Jugendgemeinderat	11.09.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	25.09.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Jugendgemeinderat, der Kulturausschuss, der Bauausschuss, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Informationen über die Konzeption und Planungen der Kommunalen Bildungslandschaft Heidelberg zur Kenntnis.

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 9	+	Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern Begründung: Durch die technische Ausstattung in den Heidelberger Schulen ist eine bessere Möglichkeit zu einer qualifizierten schulischen Ausbildung vorhanden.
SOZ 5	+	Bedarfsgerechter Ausbau und flexible Gestaltung des Betreuungs- und Freizeitangebotes, der Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche. Begründung: Das Angebot von Ganztageschulen verbessert die Betreuungssituation bei berufstätigen Erziehungsberechtigten. Dabei spielen sowohl zeitliche, als auch qualitative Aspekte eine wichtige Rolle.
SOZ 6 SOZ 13	+	Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen Gesundheit fördern, gesündere Kindheit ermöglichen Begründung: Kinder brauchen Platz zum Toben. Das Spielen im Freien fördert nachweislich die Gesundheit, die geistige Aufnahmefähigkeit und die motorische Entwicklung.
QU 2	+	Investitionen fördern, die einen gleichermaßen sozialen, ökonomischen und ökologischen Nutzen aufweisen Begründung: Sportfreiflächen sind für die Entwicklung sozialer Fähigkeiten für Kinder nachgewiesen wichtig. Durch die technische Ausstattung an Schulen erhalten Schülerinnen und Schüler aller Gesellschaftsschichten gleichermaßen einheitliche Lernvoraussetzungen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



II. Begründung:

Kommunale Bildungslandschaft Heidelberg

Beim Übergang von der Industriegesellschaft des 20. zur Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts im Zeichen von Globalisierung und demografischem Wandel ist Bildung kein Randthema mehr. Sie ist vielmehr zum Kern einer Politik geworden, die über Wohlstand und Gerechtigkeit entscheidet. Es besteht ein Grundkonsens über alle Parteien hinweg, dass die soziale Herkunft den Bildungsweg nicht wie ein Schicksal bestimmen darf und dass Schule vom Lernort zum Lebensraum werden soll, in dem Kinder und ihre Eltern besser gefördert werden können.

Bildung ist im föderalen System der Bundesrepublik zunächst Sache der Länder. Auch in Baden-Württemberg ist Bewegung ins Bildungswesen gekommen. Als Beispiele seien genannt: der „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten“ zur vorschulischen Bildung, seit 2006 in der Test- und Implementierungsphase, die Ganztagschul-Initiative von 2006, den Ministerratsbeschluss zur Kooperation von Hauptschulen und beruflichen Schulen von 2007, der Modellversuch zur Kooperation von Hauptschule und Realschule von Februar 2008 sowie die Qualitätsoffensive Gymnasien vom Juni 2008, alles einmündend in die Qualitätsoffensive Bildung vom Juli 2008.

Das alles hat Auswirkungen auf die Städte als Schulträger. Sie sind mehr als nur „sächliche Schulträger“. Denn Ausgangspunkt für Bildungsprozesse in den verschiedenen Lebensphasen ist die kommunale Ebene. Hier entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung, werden die Grundlagen für berufliche Perspektiven, gesellschaftliche Teilhabe und gleichzeitig für die Zukunftsfähigkeit einer Region gelegt. Die Städte prägen mit ihren vielfältigen Einrichtungen die Bildungslandschaft Deutschlands. Bereits im Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015 (STEP), im Zielbereich Demografischer Wandel unter dem Stichwort Lebenslanges Lernen, finden sich diese Überlegungen. Daraus lässt sich der Auftrag ableiten, die bestehenden, einzelnen Bausteine des örtlichen Bildungswesens weiterzuentwickeln zu einer kommunalen Bildungslandschaft Heidelberg.

Diese kommunale Bildungslandschaft kann beschrieben werden als ein zusammenhängendes und durchlässiges Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung. Alle für die Bildung zuständigen Akteure sollen künftig auf der Basis verbindlicher Strukturen zusammenarbeiten: Familie, Kinder- und Jugendhilfe (vorschulische Bildung), Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft (berufliche Bildung), Universität, Kirchen, Weiterbildungseinrichtungen. Eltern bzw. Familien werden als zentrale Bildungspartner einbezogen. Übergänge werden nach dem Prinzip „Anschlüsse statt Ausschlüsse“ ermöglicht und gestaltet. Die kulturelle Bildung wird als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen. Letztlich beschreibt der Begriff Kommunale Bildungslandschaft auch einen Prozess und einen Dialog. Dieser Kommunikationsprozess ist in Kapitel 4 der Anlage „Kommunale Bildungslandschaft Heidelberg“ beschrieben. In Kapitel 5 der Anlage werden konkrete Maßnahmen in kurz- und mittelfristiger Perspektive vorgestellt, die in der Schulentwicklung in Heidelberg eine Rolle spielen können. Dabei wurden auch der Antrag der SPD-Fraktion zur Raumsituation in den Heidelberger Schulen berücksichtigt. Des Weiteren wird auf die Informationsvorlage vom 03.04.2008 „Raumsituation und Gebäudebelegung Willy-Hellpach-/Julius-Springer Schule“ (DS: 0001/2008/IV_JGR) und auf die Informationsvorlage vom 26.06.2008 „Baumaßnahmen in Schulen – Sachstand und Perspektiven“ (DS: 0068/2008/IV) verwiesen. Zusätzliche Informationen zu den Heidelberger Schulen enthalten die beiden Informationsvorlagen „Schulhöfe der Heidelberger Schulen“ (DS: 0109/2008/IV) und „Technische Ausstattung in den Heidelberger Schulen“ (DS: 0108/2008/IV).

Im Hochbaubudget der Stadt Heidelberg nehmen die Schulen regelmäßig ca. 50 % und mehr des Bauvolumens für Unterhalts-, Erneuerungs- und Neubauleistungen in Anspruch. Darüber hinaus werden mit Programmen wie mit dem „Zukunftsfonds für Heidelberger Schulen“ im Jahre 2005, gezielt zusätzliche Gelder für die Verbesserung der Schulausstattungen, hier insbesondere für die WC-Ausstattung verschiedener Schulen, eingesetzt.

Im Mittel wurden bzw. werden in den Jahren 1999 bis 2008 jährlich ca. 8,7 Mio. € für Baumaßnahmen in den Heidelberger Schulen aufgewandt, die Tendenz ist steigend. In diesen Aufwendungen enthalten sind kleine Unterhaltungsmaßnahmen sowie jährlich wiederkehrende Leistungen, aber auch umfangreichere Maßnahmen der Gebäudeunterhaltung, Umbauten, Instandsetzungen, Modernisierungen und Neubauten.

Das Finanzvolumen für Baumaßnahmen in Schulen beträgt im laufenden Haushaltsjahr 2008 12.032.800 €. Davon entfallen auf

- die Gebäudeunterhaltung 2.414.800 €
- Grunderneuerungen 6.245.000 €
- Neubaumaßnahmen 3.373.000 €

Es ist vorgehen, im Doppelhaushalt 2009/2010 diesen Betrag weiter aufzustocken und – zusätzlich zu der laufenden Bauunterhaltung - jährlich rund 15 Mio. Euro für Baumaßnahmen in Schulen für notwendige Sanierungen aber auch Maßnahmen der Qualitätssicherung und – entwicklung einzustellen.

gez.

Dr. Joachim Gerner

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Kommunale Bildungslandschaft Heidelberg